GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 6909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 194 B — BERLIN • Freitag, den 19. August 1932 — 1. JAHRGANG

Koalition Nazis-Zentrum droht!

Schleicher als Reichskanzler? / Ein Nazi in Preußen Ministerpräsident?

AUS DEM INHALT:

Eine Stimme Mehrheit in Oesterreich.
Weiter ansteigende Kurve des Terrors.
Die merkwürdigen Unglücksfälle der Nazis.
„Arbeitsbeschaffung" als Ablenkung.
Die im Schatten der Freiheit leben.
Kinder von Genossen bei Genossen.
Sternberg gegen Oppenheimer und ISK.

W—er. Herr von Papen hat sich mit einem Vertreter des Reuterschen Nachrichtenbüros über seine politischen Absichten unterhalten.

Der Vertreter fragte ihn u. a., ob er glaube, daß seine Regierung zu Weihnachten noch im Amte sei, worauf Herr von Papen zuversichtlich erklärte: „Wir werden für lange Zeit im Amte sein."

Papen stellte in Abrede, daß er mit seiner Regierung sich dem Reichstag nicht stellen wolle; er glaube, daß bei den Parteien ein Appell an den gesunden Menschenverstand nicht erfolglos bleiben könne, da sie einsehen müßten, daß die jetzige Regierung vorläufig durch keine andere abgelöst werden könne. Auf die direkte Frage seines Besuchers, was geschehen würde,

wenn man gegen seine Regierung ein Mißtrauensvotum annähme, erklärte Papen dunkel: Die Regierung würde dann nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln, wobei sie in jeder Beziehung die Absicht habe, die Verfassung zu achten.

Da Herr von Papen katholisch ist, ist er vielleicht von Jesuiten erzogen worden; die Ausdrucksweise könnte jedenfalls von ihnen entlehnt sein. Es kommt bei politischen Aktionen nicht so sehr darauf an, Absichten zu haben, sondern viel mehr darauf, etwas zu tun. Das gilt auch für die Beachtung der Reichsverfassung, und die verlangt, daß die Regierung „des Vertrauens des Reichstags bedarf", und das heißt (gerade für Menschen mit gesundem Menschenverstand):

Wenn ihr ausdrücklich ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, hat sie zurückzutreten. Alles was an „Absichten" darüber hinausgeht, ist Verfassungsbruch.

Hitlers ungeduldige Anhänger.

Sehr interessant, und unsere häufig geäußerten Ansichten bestätigend, äußerte sich Herr von Papen auf die Bitte des Reuter-Vertreters, sich zu dem bekannten Hitler-Dementi zu äußern, worin dieser entschieden bestreite, in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben. Der Kanzler erklärte hierzu,

der Führer der NS habe zugegeben, daß er während der vergangenen zwei Monate mit Ungeduldigen seiner Anhänger einen schweren Stand gehabt habe;

und er habe ferner gesagt, die Regierungsgewalt in ihrer Gesamtheit verlangen zu müssen; einen bloßen Anteil an der Regierungsgewalt könne er nicht annehmen.

Was Herr von Papen glaubt.

Eine Befürchtung hinsichtlich illegaler Pläne der Hitler-Bewegung teilt Herr von Papen nicht: Es sei wohl nicht zu befürchten, daß die NSDAP sich zu illegalen Schritten hinreißen lassen werde. Er hätte keinen Grund, Hitler zu mißtrauen, der ihm zugesichert hätte, nur legal zu arbeiten. Auf alle Fälle aber werde die Regierung jeden Angriff auf ihre Autorität mit Waffengewalt unterdrücken.

•

Das Herr von Papen keinen Anlaß hat, Hitler nicht zu glauben, ist natürlich einfach Unfug. Seit Tagen muß er im Wechselgespräch mit Hitler fortwährend dessen falsche Berichte über die Unterhaltungen mit Herrn von Papen korrigieren, auch dem Vertreter des Reuter-Büros gegenüber. Hitler selber hat sein Versprechen, die Regierung Papen zu tolerieren, einfach gebrochen, und dieser hat keinen Anlaß, Hitler nicht zu glauben!

Wenn die Erwartung in die lange Regierungstätigkeit Herrn von Papens auf so unsicheren Gründen ruht, wie der Glaube an Hitlers Versprechungen, dann wird die Regierung Papen nicht mehr lange im Amt bleiben.

Herr Röhm besudelt die ermordeten Opfer seiner SA. und SS.

Wir bringen an anderer Stelle (wie schon seit längerer Zeit!) die Meldung über die „Opfer" der SA, die sich gegenseitig oder jeder für sich umgebracht haben. Wir bringen ferner die Meldungen, die deutlich zeigen, daß auch jetzt noch die meisten Attentate von rechts aus geschehen, und wir bringen weiter die Meldung über die mehr als merkwürdig berührende Tatsache, daß die Sondergerichte vorläufig noch immer fast nur gegen linke „Verbrecher" arbeiten.

Trotz dieser einwandfreien Nachweisung, die nachzuprüfen jedem leicht möglich ist, bringt es der Führer der Nazis, Herr Röhm, fertig, die Opfer seiner SA und der Klassengesellschaft, deren Hausdiener er und seine Spießgesellen sind, in folgender lumpenhaften Weise in der Parteikorrespondenz der Nazis zu beschimpfen:

In der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz NSK erklärte der Chef des Stabes, Röhm, die nationalsozialistische Bewegung sei ihrem Ursprung und ihrem Ziele nach eine revolutionäre Bewegung, weil sie eine grundlegende Neugestaltung des Staates nach Wesen und Inhalt erstrebe. Der Träger dieses revolutionären Gedankens könne nur der SA-Mann sein. Es müsse immer wieder herausgestellt werden, daß sein Streben und sein Kampf nicht allein dem Ziele diene, den Marxismus in allen seinen Spielarten vom Bolschewismus bis zur sozialdemokratischen Bourgeoisie zu schlagen, sondern daß er sich ebenso klar, eindeutig und rücksichtslos absetze von der ideenlosen Reaktion eines verspießerten Bürgertums.

Nun poche das junge Deutschland an die Tore der Macht. Es wolle und werde den Nachweis seines Könnens erbringen. Der Opfertod der Nationalsozialisten habe niemand berührt, dagegen erhebe man jetzt gegen die Züchtigung von Lumpen und Verbrechern flammenden Protest.

Mit dieser Welt, mit dieser Gesellschaft, mit dieser Gesinnung verbinde uns nichts. Die Nationalsozialisten wollten ein neues Deutschland, ein Vaterland der Ehre, der Freiheit und der Größe, einen Staat der Helden und nicht der Händler.

Das Königsberger und andere Verbrechergesindel, das z. B. ahnungslose Menschen im Schlaf überfiel und buchstäblich abschlachtete, diese Horden sind für Röhm: Helden.

Wie lange werden noch solche öffentlichen Verherrlichungen von Mördern geduldet?

Der freiwillig unfreiwillige Arbeitsdienst.

Soeben erst sind die Ausführungsbestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst erschienen und schon behauptet die „Deutsche Allgemeine Zeitung", ein offiziöses Regierungsorgan, zu den wichtigsten Teilen des Arbeitsbeschaffungsprogramms gehöre die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es sei nun doch daran gedacht, ihn zu einer Arbeitsdienstpflicht „auszuweiten", sodaß auch die Teilnehmerzahl nicht unbedingt mit 200 000 die oberste Grenze zu bedeuten habe. Der Pflichtgedanke soll in der Weise zur Geltung kommen, daß für bestimmte jüngere Jahrgänge der Bezug von Unterstützung davon abhängig gemacht wird, ob die Unterstützungsempfänger zum Arbeitsdienst bereit sind.

Das wäre also eine *„freiwillige* Arbeitsdienst*pflicht"*.

Die zuständigen Stellen verbreiten dazu folgende kurze und nicht beruhigende Mitteilung: „In der Presse ist behauptet worden, die Reichsregierung beabsichtige, den freiwilligen Arbeitsdienst für bestimmte Jahrgänge der Arbeitslosen in eine Arbeitsdienstpflicht umzuwandeln. An zuständiger Stelle ist davon nichts bekannt, daß *jetzt schon* die Ueberleitung des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Arbeitsdienstpflicht beabsichtigt sei. Der freiwillige Arbeitsdienst habe sich bisher sehr bewährt, sodaß es noch immer ungewiß sei, ob und wann die Umwandlung des freiwilligen Arbeitsdienstes in eine Arbeitsdienstpflicht in Frage komme."

Herr v. Schleicher als Reichskanzler?

Der über Regierungsfragen der Jetztzeit immer gut unterrichtete „Deutsche" gibt sensationslos eine Aeußerung der „Times" wieder, wonach als Kanzler eines neuen Präsidialkabinetts Herr von Schleicher in Frage käme. Diese Ansicht hat auch unserer Meinung nach etwas durchaus verständliches für sich: Herr von Schleicher ist der Mann, der selbst in den Reden der tollsten Nazihelden als für die Nazis „gesellschaftsfähig" gilt. Er soll, wie die „Times" angeblich weiß, sich für seine neue Aufgabe bereits vorbereiten und ein Programm entwerfen, dessen ökonomischer Teil den Forderungen der Nationalsozialisten und auch der Gewerkschaften (!!) entspricht.

Auf diese Weise wolle Schleicher die Nationalsozialisten und das Zentrum für seine Regierung gewinnen.

Danach kehrt also in etwas frisierter Aufmachung der Plan wieder, den wir bereits (in Nr. 189 des „Funken") erörtert haben, der Plan, daß das Zentrum, der alte Meister der politischen Taktik, der im Endergebnis noch nie bei einer Koalition schlecht gefahren ist, die politische Geschäftslage ausnutzt und unterstützt von den Nationalsozialisten jetzt seine Schäfchen aufs Trockene bringt.

Zentrum im Angriff.

Die kulturpolitischen Pläne des Zentrums mögen den mehr evangelischen Kreisen der Großgrundbesitzer und Generäle etwas schwarz und vor allem ultramontan erscheinen; aber die Zustimmung des Zentrums zu einer, wenn auch etwas gemäßigten Nationalsozialisierung der Reichsregierung sind natürlich Herrn von Schleicher und vielleicht auch Herrn Hitler eine Messe wert.

Verhandlungen in Preußen.

Zu den Verhandlungen des Zentrums mit der NSDAP wegen der Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten wird hartnäckig von verschiedenen Seiten, wenn auch von Zentrumsseite bisher unbestätigt, behauptet, daß sich die beiden Parteien bereits so weit geeinigt hätten, daß der preußische Ministerpräsident ein Nationalsozialist sein solle. Die Befürchtung des Zentrums, daß damit die Beschlußfassung über eine Auflösung des Landtages ganz in der Hand der Nazi läge (der Landtagspräsident und der preußische Ministerpräsident haben in dem sogenannten Dreimänner-Kollegium, das auch über die Auflösung des Landtags entscheiden kann, dann die Mehrheit, also eine Nazimehrheit!), wird jetzt insofern als gegenstandslos betrachtet, als die Nazis im Augenblick kein Interesse an der Wiederwahl des preußischen Landtages haben könnten. Also auch in Preußen derselbe — uns nicht überraschende und oft vorhergesagte —

Weg des Zentrums: Ohne mit der Wimper zu zucken, kriegen seine bisherigen Bundesgenossen, die SPD, einen Fußtritt, und die Nazis werden an ihre Stelle gesetzt.

Vor kurzem hat einer, dem wir im übrigen in seinen politischen Urteilen durchaus nicht zustimmen, gesagt, daß Zentrum ist die egoistischste Partei. Wenn er damit meint, daß es die Partei ist, die am skrupellosesten nach dem jesuitischen Grundsatz verfährt: Der Zweck heiligt die Mittel, dann hat er fraglos recht gehabt. Mit Abänderung eines bekannten Wortes, das sowieso in der Nachbarschaft des Zentrums entstanden ist, kann man sagen:

Wer vom Zentrum ißt, stirbt daran!

Reichstag am 30. August.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Präsident des Reichstags hat nach einer Unterredung mit dem Reichskanzler den Reichstag auf Dienstag, den 30. August, nachmittags 15 Uhr einberufen.

Eine Stimme Mehrheit.

Die Abstimmung im österreich. Nationalrat.

S. H. In dreistündiger Sitzung ist am Mittwoch mittag der Lausanner Vertrag im österreichischen Nationalrat angenommen worden. Die namentliche Abstimmung ergab 81 gegen 80 Stimmen.

Der Vertrag ist danach mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden.

Für den Vertrag stimmten 66 Christlich-Soziale, 9 Landbündler, 6 Heimwehrleute; gegen ihn 70 Sozialdemokraten, 8 Großdeutsche, 2 Heimwehrleute. Der sozialdemokratische Präsident des Nationalrats, Renner, enthielt sich der Stimme, weil, wie der „Vorwärts" sagt, der Präsident nur bei Wahlen mitstimmt. Ein Großdeutscher blieb wegen Krankheit fort. Der vorhergegangene Antrag auf Vertagung der Abstimmung hatte eine Ablehnung mit 81 gegen 80 Stimmen gefunden.

Der Vertrag soll nicht eher ratifiziert werden, als eine erneute Nachfrage beim Völkerbundsrat über die Auslegung des Genfer Protokolls und über die Rückzahlungsbedingungen der Anleihe erfolgt ist. Man will sich von österreichischer Seite aus noch einmal vergewissern, ob der Völkerbundsrat die Regel der Einstimmigkeit bei der Auslegung des Genfer Protokolls aufheben will. Das Genfer Protokoll von 1922, das in das Lausanner Protokoll aufgenommen worden ist, enthält die Bedingungen, wonach Oesterreich der Anschluß an Deutschland verboten ist. Wenn eine Mehrheit im Völkerbundsrat über diesen Punkt zu entscheiden hat, so ist nach Ansicht vieler Oesterreicher damit zu rechnen, daß eine solche Mehrheit unter Führung Frankreichs den Anschluß Oesterreichs verhindern wird. Die Bedingungen für die Rückzahlung der Anleihe, die 1942 fällig ist, sind bisher noch nicht präzisiert. Vor allen Dingen steht nicht fest, ob von den Signatarmächten des Lausanner Protokolls bei etwaigen finanziellen Erleichterungen nicht politische Forderungen hinzugefügt werden können. In der Aussprache am Mittwoch über diesen Punkt betonte Bauer von den Sozialdemokraten, daß seine Partei von der Einstimmigkeit der Beschlußfassung im Völkerbundsrat nicht allzu viel hielte; es könne sehr wohl sein, daß ein bloßer Mehrheitsbeschluß Oesterreich gerade zu Gute kommen könne. Er begründete die ablehnende Haltung seiner Partei mit dem Hinweis, daß das neue Protokoll die außenpolitische Handelsfreiheit Oesterreichs auf 20 Jahre hin beeinträchtige, daß der österreichische Staat überhaupt unter ausländische Kontrolle gestellt werde und daß die Anleihe Bestimmungen mit sich brächte, die in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht äußerst bedenklich seien. Nähere Ausführungen zu diesen Bedenken liegen einstweilen noch nicht vor.

Wie bekannt, handelt es sich bei dieser Anleihe darum, daß Oesterreich einige Millionen Schillinge bekommt, von denen feststeht, daß die meisten gleich zur Rückzahlung früherer Schulden festgelegt sind. Nur 60 Millionen stehen Oesterreich zur Verfügung, über deren Verwendung aber noch der vom Völkerbundsrat bestellte Kommissar zu wachen hat.

Zu diesen finanziellen Bedingungen, die es verhindern, daß die Anleihe der österreichischen Wirtschaft einen Auftrieb gibt, tritt als erschwerender Umstand hinzu, daß Oesterreich durch Annahme dieses Protokolls weitgehend zu dem gemacht wird, was man als „Völkerbundskolonie" bezeichnet.

Der Einbau des Genfer Protokolls in das neue Abkommen bindet Oesterreich für 20 Jahre, bis 1952, an die durch den Haager Schiedsspruch verschärfte Bestimmung, daß Oesterreich aus eigener Macht keine Zollunion mit Deutschland eingehen darf. Es besteht wenig Aussicht, daß die neue Anfrage beim Völkerbundsrat eine Abänderung dieser Bestimmung herbeiführen wird. Denn Frankreichs Politik in dieser Hinsicht ist fest auf das Ziel gerichtet, die Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich zu verhindern.

Die deutsche Presse gibt das Abstimmungsergebnis des österreichischen Nationalrats vorläufig ohne Kommentar wieder. Auffällig ist vor allem *die Zurückhaltung der „Germania"*, die mit der katholischen Bruderpartei des Zentrums, den Christlich-Sozialen, keineswegs einverstanden ist. Sie hatte noch vor kurzem ein ehemaliges Mitglied der Christlich-Sozialen, einen Professor der Rechtswissenschaft an der Wiener Universität, zu „Oesterreichs Schicksalsstunde" einen Artikel schreiben lassen, der alle die Bedenken zusammenfaßte, die das Zentrum gegen diesen, wie es meint, unseligen Vertrag vorzubringen hat. Der Artikel gipfelte in der Feststellung, daß das Lausanner Protokoll, wie dies auch der „Temps" zugegeben habe, nichts anderes sei, „als ein Werkzeug der französischen Mitteleuropa-Politik".

Was hinter diesen Bedenken steht, ist sicher nicht nur die Abwehr des französischen Einflusses auf die europäische Politik, die auch Brüning ja immer weit entschiedener als Papen auf den europäischen Konferenzen vertreten hat, sondern die schwere Enttäuschung darüber, daß es den Katholiken in Deutschland verwehrt ist, ihren Einfluß durch den Anschluß Oesterreichs zu verstärken.

Während Deutschland mit seiner stark protestantischen Bevölkerung durch den Hinzutritt eines katholischen Staates katholischer wird, würde Oesterreich durch das Zusammengehen mit Deutschland evangelischer werden.

Hieraus erklärt sich die verschiedene Haltung der katholischen Parteien in den beiden Ländern. Wie Rom hierüber denkt, das einen überlegenen „ultramontanen" Standpunkt einnimmt, werden wir erst wissen, wenn eine Nachricht aus der Zentrale „jenseits der Berge" herüberklingt.

Die Abstimmungen, die Oesterreich in den vergangenen Wochen erlebt hat, waren in den entscheidenden Angelegenheiten dadurch charakterisiert, daß das Vertrauen, auf Grund dessen das Kabinett Dollfuß die Geschicke Oesterreichs leitete, auf *dem Gewicht einer einzigen Stimme ruhte.* Wer die Demokraite für die überlegene Staatsform erklärt, weil in ihr die Regierung von der Mehrheit des Volkes getragen sei, für den könnten solche Grenzpfähle äußerst aufschlußreich sein, in denen der pure Zufall des wirklichen oder politischen Krankwerdens irgend eines Parlamentsmitglieds die Richtung des Volks„vertrauens" entscheidend bestimmt. Das Krankwerden des österreichischen Großdeutschen ist keineswegs der einzige Fall, in dem das Geschick eines Landes durch einen solchen Zufall entschieden wurde. Als in Frankreich 1875 über die neue Staatsform abgestimmt wurde, fehlte ein Monarchist wegen eines Darmleidens — eine bei so schwerwiegenden Entscheidungen leicht auftretende Krankheit. Frankreich wurde infolge dieses Umstandes mit 253 gegen 252 Stimmen zur Republik erklärt. Als die Vereinigten Staaten sich von England loslösten, fand eine Abstimmung darüber statt, ob die Nationalsprache Deutsch oder Englisch sein sollte. Die Amerikaner sprechen heute englisch, weil in der Abstimmung die deutsche Sprache eine Stimme weniger bekam als die englische. Und zwar ist das Witzige daran, daß man weiß, daß eine für die englische Sprache abgegebene Stimme von einem Deutschen stammt.

Diese Beispiele sind besonders fruchtbar für Unterhaltungen über die Bedeutung des Nichtstimmens. Der politische Lehrsatz, daß Stimmenthaltung Stimmen bedeutet, wird durch solche Beispiele, wie die erwähnten, glänzend illustriert, ganz abgesehen davon, daß diese Fälle zu der Betrachtung Anlaß geben, ob es nicht für das Wohl der menschlichen Gesellschaft besser wäre, daß statt dem Darmleiden irgend eines Abgeordneten — oder welche Zufälle sonst bei der demokratischen Ordnung Vertrauenskundgebungen bewerkstelligen — nicht lieber der Vernunft eines Führers durch Verfassungsbestimmungen politische Entscheidungen zugewiesen werden sollen.

Ottawa um zwei Tage verlängert.

An der Frage der russischen Holzeinfuhr nach England droht die kanadische Konferenz im letzten Augenblick zu scheitern. Einstweilen noch hofft man, mit einer zweitägigen Verlängerung auszukommen. Der Dampfer, der die Delegierten zurückführen soll, hat seine Abfahrt auf Sonntag verschoben. Aber wie ein Ausgleich geschaffen werden soll, ist vorläufig noch nicht abzusehen, es sei denn, England mache erhebliche Konzessionen.

Es handelt sich darum, daß Kanada plötzlich fordert, England solle die Einfuhr russischen Holzes zu Gunsten kanadischen Holzes weitgehend einschränken. Bennett drohte sogar damit, seine Zollzugeständnisse an England wieder zurückzuziehen, wenn England nicht nachgebe. Es scheint hinter dieser Politik der Einfluß einer Reihe von Leuten zu stehen, die England zu einem schroffen Verhalten Rußland gegenüber nötigen wollen. England sieht sich durch das Auftreten Kanadas in eine schwierige Lage versetzt. Es ist an Rußland durch mindestens noch sechs Monate lang laufende Handelsverträge gebunden. Es möchte auch nicht **den russischen Markt für seinen Export gefährden. Endlich ist ihm der Druck der hier von einem Dominion so offen**kundig ausgeübt wird, schwer erträglich. Aber was hat England zu bieten? Das ist die rücksichtslose Frage, die die Tochterstaaten auf der ganzen Konferenz mehr oder minder unverblümt gestellt haben, und deren Peinlichkeit England jetzt noch einmal deutlich zu spüren bekommt.

England hat einstweilen zugesichert, außer seinem Zugeständnis (auf Weizen einen Zoll zu legen, also doch einen Lebensmittelzoll zuzulassen), das schon Dienstag bekannt war, Maßnahmen gegen ein russisches Dumping zu ergreifen, um dadurch den Kanadiern die Konkurrenz zu ermöglichen. Ob Kanada sich damit zufrieden gibt, steht noch nicht fest.

Die Australier haben in dieselbe Kerbe gehauen wie Kanada. Auch sie sind unerwartet im letzten Augenblick mit einer neuen Forderung hervorgetreten. Sie verlangen außer für gefrorenes Hammel- und Lammfleisch auch für Rindfleisch einen Vorzugszoll, und zwar Argentinien gegenüber. Dagegen hat England einstweilen geltend gemacht, daß bisher das argentinische Rindfleisch weit besser sei als irgend ein von den Dominions importiertes, vor allem aber, daß es nicht seinen Handel mit Argentinien völlig aufs Spiel setzen könne. Eine Einigung ist bisher auch in dieser Frage noch nicht erzielt worden.

•

Die irischen Bauern haben eine Abordnung ernannt, die De Valera dringend ersuchen soll, den Zollkrieg mit England zu beenden. Die Bauern könnten ihre Produkte nicht absetzen und gingen dem Ruin entgegen. Ein kleiner Trost für England!

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Eisenbahnzug und einem vollbesetzten Omnibus ereignete sich in der Nähe von Putzig (Polnisch-Pommerellen). Es gelang dem Zugführer nicht mehr, den Zug rechtzeitig zum Stehen zu bringen, sodaß der Zug auf den Autobus fuhr. Drei Personen wurden getötet. Die Lokomotive und einige Wagen sprangen aus den Schienen und fielen um.

Gefährliche Brände brachen in der Nacht zum Mittwoch im Kreise Czarnikau (an der deutsch-polnischen Grenze) aus. In einem Dorf griff das Feuer nach einander auf drei Höfe über und vernichtete eine Reihe von Scheunen und Schuppen. In den beiden anderen Dörfern brachen unabhängig von einander an zwei bzw. drei Stellen Feuer aus. Bei einem der Brände ist ein dreizehnjähriger Junge als Brandstifter gefaßt worden. Er hat einmal zusehen wollen, wie eine Scheune abbrannte. Man vermutet, daß in allen Fällen Brandstiftung vorliegt, da fast jedes Mal während des Brandes Diebstähle vorgekommen sind. — In Zielenzig (Neumark) brannte eine Ziegelei aus unbekannter Ursache völlig nieder. Löscharbeiten waren unmöglich, da der Ofen mit Steinen zum Brennen gefüllt war, sodaß Explosionsgefahr bestand.

In der Großen Deutschen Funkausstellung werden auch dieses Jahr, wie im vorigen Sommer, wieder die in einer Sonderausstellung gezeigten *Modelle zum Fernsehen* im Mittelpunkt des Interesses stehen. Die Modelle weisen gegenüber denen des Vorjahres einen großen Fortschritt an Deutlichkeit, Feinheit und Helligkeit der Bilder auf.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

58)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Die Gefangenen frei!"

„Arbeiter- und Soldatenrat in Lübeck!"

„Und in Brunsbüttel und Cuxhaven!"

„Souchon verschwindet!"

„Noske Gouverneur!"

Ein kaiserlicher Admiral ist einzutauschen gegen einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — die Entscheidung in diesem Falle ist leicht zu treffen!

Sogar die Opposition schweigt.

„Hand hoch — wer dafür ist! Danke!"

„Die Gegenprobe. Ich stelle fest, Genosse Noske ist einstimmig zum Gouverneur gewählt!"

Die Versammlung geht weiter.

Noske läßt sich entschuldigen — er hat zu tun; er muß sich schleunigst in die Angelegenheiten des Gouverneurs einarbeiten. Dem Präsidium hinterläßt er eine Menge Fragen, die erledigt werden müssen und die ausreichen, die Versammelten eine ganze Weile zu beschäftigen.

Er fährt allein ins Stationsgebäude zurück, läßt den Admiral Souchon und die Offiziere des Stabes zu einer Besprechung bitten und gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, Männer wie Souchon in einer solchen Lage vor sich sehen zu müssen. Er bittet die Offiziere im Interesse des Landes, der Soldaten und der Einwohner Kiels ihm bei der Leitung der Geschäfte helfend zur Seite zu stehen.

Dann verfaßt er seine erste Proklamation an die Truppen und an die Einwohnerschaft des Festungsbereichs Kiel.

Nach Berlin telephoniert er:

„Ich habe den Posten eines Gouverneurs annehmen müssen und bereits gute Erfolge erzielt!" Seine Wahl vom A- und S-Rat genügt ihm nicht. Die Reichskanzlei muß damit einverstanden sein, und er ruht nicht eher, bis der Staatssekretär der Marine seine förmliche Bestallung zum Gouverneur ausfertigt. So ist er nach beiden Seiten gedeckt. Oberster Beauftragter der Revolution — aber mit Zustimmung und unter förmlicher Bestätigung der kaiserlichen Regierung!

Das hätte Souchon niemals fertig gebracht!

Ein kaiserlicher Admiral hat Prinzipien, er glaubt an ein bestimmtes politisches Ideal, das er mit äußerster Gewalt verteidigen, daß er aber nicht verleugnen wird. Er kann dafür fallen, er kann sich auch entschließen, zur anderen Seite überzugehen, aber dann mit dem Ziel, diese Seite seinen — den alten — Idealen zu unterwerfen.

Anders die Sozialdemokraten: Sie sind im Prinzip für den Frieden und dienen dem Krieg. Sie sind für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und dienen den Kapitalisten! Sie sind für die Internationale der Arbeiterschaft und haben ihre gesamte Presse in den Dienst der nationalen Propaganda gestellt. Ihr Programm erstrebt die freiheitliche, klassenlose Gesellschaft, aber ihre Männer sind Bestandteil der Klassenregierung. Um der Tagesvorteile willen tauschen sie ihre ursprünglichen Prinzipien gegen Machtpositionen im Staate aus.

Diesem Wesen seiner Partei ist Noske in Kiel vollendet gerecht geworden. In zwei schnellen Sätzen hat er die oberste Machtposition erreicht. Es war zwar eine Position von gestern, schon ausgeschaltet und bedeutungslos, aber Noske befestigte sie wieder. Mit Hilfe der revolutionären Matrosen und mit Hilfe der Offiziere, gegen die die Revolte gerichtet war.

Eine Machtposition auf zwei so entgegengesetzten Kräften zu errichten — dazu gehört die besondere Tradition und Schule der Sozialdemokratie.

Der Mann mit den zwei Gesichtern ist dazu nötig:

Der Volksredner, der in gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen, gelegentlich auch von der Reichstagstribüne herunter, gegen Kapitalismus, Militarismus, gegen Junkerherrschaft und gegen die finsteren Mächte der Kirche und Reaktion wettert und andererseits der Parlamentarier und Staatsmann, der mit den Vertretern derselben Mächte, gegen die er im Parterre Millionen gläubiger Arbeiter aufruft, sich in Ausschüsse und Regierungsstellen zusammensetzt und den Apparat des Obrigkeitsstaates im Gange hält und schützt. Diese Doppelstellung ist Grundlage der sozialdemokratischen Macht und zugleich die Ursache ihrer politischen Unfruchtbarkeit.

In Kiel hat Noske gesiegt, und mit Noske und der Sozialdemokratie die von der Matrosenerhebung gestürzten Offiziere.

Eine Klippe tauchte noch auf: Haase.

Noske traf ihn an dem Tage, als er Gouverneur wurde, abends in dem Zimmer, das er als oberster Soldatenrat bewohnt hatte. Müde und von seiner langen Irrfahrt abgespannt war Haase in Kiel angekommen. Den letzten Teil der Reise hatte er im offenen Auto zurückgelegt. Er sah ein, daß er zu spät gekommen war, um die Ereignisse in Kiel beeinflussen zu können, und scheute sich, nachträglich den Kampf aufzunehmen. Schon am nächsten Tage fuhr er nach Berlin zurück.

Noske telephonierte an Scheidemann nach Berlin:

„Soeben traf auch Haase hier ein. Wenn es Streitigkeiten gibt, ist die Sache natürlich unmöglich zu machen. Haase gab mir die Versicherung, daß die Einigkeit nicht gestört werden soll. Er erwartet dafür Gegenleistungen in Berlin!"

Die Meuterer fahren ins Land.

Raumschuh, Bonczyk, Fiete, Hein — die neun Matrosen, die wie viele andere sich zu einem Trupp zusammengefunden haben, um mit der Bahn oder zu Fuß Kiel zu verlassen und die Revolution weiterzutragen, fanden auf dem Bahnhof einen zur Abfahrt nach Hamburg bereitstehenden Zug vor.

Das Regime Noske war noch nicht bis in die untersten Posten durchorganisiert. Die Matrosen der Bahnhofswache sahen sich nur die Gesichter der nach auswärts Fahrenden an. Die Gesichter und die umgehängten Gewehre genügten noch als Ausweis.

Und so saßen die neun Mann im Zug.

„Da sind wir also!"

„Gestern soll schon eine große Versammlung in Hamburg gewesen sein. Die Werftarbeiter wollen streiken! Wenn wir bloß schon da wären."

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsbeschaffung als Ablenkung.

Einheitsfront der Inflationsfreunde von der NSDAP bis zum Reichsbanner.

Rpt. Die Presse ist voll mit Nachrichten über Arbeitsbeschaffung, über Pläne und sogar — über die Ausführung. Die Lokalzeitungen werden in den nächsten Wochen ausgiebig darüber berichten, daß die Kreisstraße von Buxtehude nach Schilda ausgebessert, verbreitert, gepflastert, mit Asphalt belegt wird, daß der Bachlauf im Pfieffetal „korrigiert", daß die Uferwände befestigt werden u. s. w.

Die Reichsregierung will offenbar den Anschein erwecken, als ob mit Hilfe der bereits angegriffenen 135 Millionen Mark etwas zur *Verminderung* der Arbeitslosigkeit geschehe. Die in Angriff genommenen Arbeiten können aber bestenfalls dazu ausreichen, diejenige *Vermehrung* der Arbeitslosigkeit auszugleichen, die nach Aufarbeitung der großen Sowjet-Aufträge sonst jetzt einsetzen würde. Die Arbeitslosigkeit wird vermutlich trotz aller Arbeitsbeschaffung weiterhin steigen.

Lohnsenkungspläne.

Der Reichsverband der deutschen Industrie wendet sich nach einer Sitzung seines Präsidiums mit folgender Erklärung gegen „uferlose Pläne":

„Der Reichsverband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann, und lehnt alle uferlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichsverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmungen, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derartig gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können. (Zu Deutsch: Wenn das Tarifrecht gelockert und Löhne gesenkt, wenn die Steuer- und Sozialabgaben gesenkt werden!)

Es wurde aber anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die öffentlichen Stellen einschließlich der Reichsbahn und der Reichspost die Aufgabe haben, diejenigen Arbeiten mit möglichster Beschleunigung in Gang zu setzen, die zur Erhaltung des öffentlichen Vermögens notwendig sind, und zwar in einem erheblich erweiterten Umfange, als bisher vorgesehen ist. (Eine Verbeugung vor dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, die dem Reichsverband um so leichter fällt, als es der Schwerindustrie, außerdem vielleicht der elektrischen Industrie zu gute kommen wird.)

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß der freiwillige Arbeitsdienst einer möglichsten Förderung bedarf und daß in einem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden können." (Dieser Ausbau soll natürlich so aussehen, daß der Arbeitsdienst den Unternehmern willige Arbeitssklaven liefert, frisch nach DINTA-Grundsätzen präpariert!)

•

Daß der Reichsverband uferlose *Arbeitsbeschaffungspläne* ablehnt, während er noch viel uferlosere *Subventionspläne* im stillen gutheißt, ist nur ein neues Zeichen dafür, daß er um nichts von seiner engen Interessentenlinie abweicht. Daß er sich zu Fragen der Agrarpolitik, insbesondere zu den für die deutsche Ausfuhrindustrie außerordentlich wichtigen Butterzoll-Verhandlungen mit Holland und Dänemark ausschweigt, ist ein Zeichen dafür, daß das

stille Bündnis zwischen Großindustrie und Großlandwirtschaft nach wie vor besteht.

Ein Vorkämpfer der Inflation.

Von den Inflationsinteressenten wird offenbar der so harmlos und neutral aussehende Verband der preußischen Landgemeinden vorgeschickt. Wir berichteten bereits am 5. August über die törichten Pläne seines Vorsitzenden, des Landrats a. D. Dr. Gereke, die von einer Vorstands- und Ausschußsitzung „grundsätzlich einhellig" gebilligt wurden. Gereke hat nun neuerdings im Haus der deutschen Presse auf einem Presseabend seine Vorschläge wiederholt und dabei „mit Genugtuung" festgestellt, daß sich fast ausnahmslos alle Persönlichkeiten, denen seine Gedanken nähergebracht worden seien, im Grundsatz dazu bekannt hätten. Mit besonders großer Genugtuung stellte er fest, daß in der Verfolgung dieser Bestrebungen gerade der Reichspräsident seine bekannte Aufforderung an den Reichskanzler gerichtet habe, schleunigst für Arbeitsbeschaffung zu sorgen.

Gereke fordert, wie wir bereits berichteten,

„zinslose Kreditschöpfung der öffentlichen Hand",

die „ihre Deckung in der Steuerkraft der Bevölkerung findet." Er behauptet:

„Was heute in der Oeffentlichkeit vielfach verwechselt wird, ist die Kreditschöpfung und die Beschaffung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Geldzeichen. Wenn man den bargeldlosen Verkehr belebt und zu seiner Förderung auch das Scheckgesetz verschärft, dann sind zur Ingangsetzung auch eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms relativ nur geringe Mengen von Geldzeichen nötig, die die Reichsbank ohne irgend eine Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen könnte."

•

Gewiß: In der Oeffentlichkeit wird mancherlei verwechselt. Zum Beispiel volkswirtschaftliches Wissen und volkswirtschaftliches Nichtwissen. Dr. Gereke unterscheidet auf Grund von solchem Nichtwissen Bargeld und bargeldlose Zahlungsmittel derart, daß er meint, die Vermehrung von Bargeld könne freilich zur Inflation führen, nicht aber die Vermehrung der bargeldlosen Zahlungsmittel.

Man kann mit Hilfe von Papierscheinen Inflation machen, mit Hilfe von Bankgutschriften (bargeldlos!) und — was Dr. Gereke auch nicht zu wissen scheint — mit Hilfe von Silbermünzen; denn er ergänzt seinen alten Vorschlag durch den Hinweis, das Reich habe ja die Möglichkeit, noch für 280 Millionen Mark Silbermünzen ausprägen zu lassen. Verschleierte Inflation ist noch gefährlicher als offene!

Für diese verschleierte Inflation besteht eine

Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zum Reichsbanner.

Im Anschluß an die Ausführungen Gerekes im Haus der deutschen Presse erklärte Kornemann von der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP sein völliges Einverständnis und wünschte dem vorgelegten Arbeitsbeschaffungsplan den vollsten Erfolg. Darauf erklärte der Generalsekretär des Reichsbanners, Gebhardt, dieser Tag sei ein Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes; er sei der schönste seines Lebens, weil er erweise, daß der Lebenswille des deutschen Volkes sich mit elementarer Macht durchringe, um endlich der ungeheuren und für das Schicksal des Volkes entscheidenden Not der Arbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten.

Gereke hatte also einen vollen Erfolg. In wessen Auftrag er eigentlich sprach, wer weiß das? Es ist ja auch gut möglich, daß er gutgläubiges Werkzeug mächtiger Kreise ist, ohne es zu wissen. Jedenfalls: Gereke ist ein brauchbarer Mann, brauchbar für alle Inflationsinteressenten von der Schwerindustrie bis zu den Großagrariern, brauchbar ferner für alle, die das Interesse der Bevölkerung ablenken wollen von den politischen Machtfragen.

Gewiß wünschen auch wir, daß das Interesse an Fragen der Arbeitsbeschaffung sich verstärkt. Künstliche Arbeitsbeschaffung ist notwendig, nachdem der Karren in Deutschland so verfahren ist, daß 6,5 bis 7,5 Millionen Erwerbstätige im Sommer aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind. Aber gerade deshalb dürfen wir uns durch technische und finanztechnische Fragen der Arbeitsbeschaffung nicht von den machtpolitischen Entscheidungen ablenken lassen. Denn von ihnen hängt es ab, auf wessen Kosten Arbeitsbeschaffung getrieben wird: Auf Kosten der Massen — worauf der Lohnsenkungsplan des Reichsverbandes und auch der Plan Dr. Gerekes hinausläuft — oder auf Kosten der herrschenden Klasse. Unter diesem Gesichtspunkt müssen Sozialisten alle einzelnen Fragen der Arbeitsbeschaffung betrachten.

Unser Programm zur Ueberwindung der Krise präsentiert gerade den mächtigsten Gruppen der herrschenden Klasse, den Junkern und Schwerindustriellen, die Rechnung für die Krise. Es mutet ihnen zu, die Rechnung mit ihrem wirtschaftlichen Tod zu bezahlen. Es hebt sofort die Kaufkraft der Massen durch Senkung der Preise für Brot, Kohle und Eisen.

Ob dieses oder ein anderes arbeiterfreundliches Programm durchgeführt wird, das hängt allein davon ab, wer die Macht in Deutschland hat: die Einheitsfront von Junkern, Schwerindustriellen und Generälen oder die Einheitsfront der Arbeiterschaft. Wir dürfen uns durch nichts, auch nicht durch die verlockendsten Töne über Arbeitsbeschaffung davon ablenken lassen, für die Einheitsfront der Arbeiterschaft zu arbeiten. Denn:

Davon, ob die Einheitsfront der Arbeiterschaft zustande kommt oder nicht, hängt es ab, auf wessen Kosten die Krise bekämpft wird, — noch mehr: ob sie so bekämpft wird, daß eine Wiederkehr der Barbarei, die wir heute erleben, ausgeschlossen ist.

Japans Forderungen an die Mandschurei.

Vom japanischen Außenministerium werden jetzt Bedingungen bekanntgegeben, die Japan voraussichtlich der mandschurischen Regierung stellen wird, wenn es sich um die Anerkennung des neuen mandschurischen Staates seitens Japans handeln wird. Japan fordert:

1. Die mandschurische Regierung bestätigt alle japanischen Rechte und Interessen, die von früheren Regierungen in der Mandschurei gewährt wurden.
2. Die mandschurische Regierung übernimmt alle internationalen Rechte und Pflichten, die die chinesische Regierung bezüglich der Mandschurei übernommen hatte.
3. **Die chinesischen Eisenbahnen in der Mandschurei gehen in die Verwaltung der südmandschurischen Eisenbahn über.**
4. Japan werden Vorzugsrechte bezüglich der Investierung von Kapital eingeräumt.
5. Japan wird die Freiheit der gewerbsmäßigen Betätigung in der ganzen Mandschurei gewährt.
6. **Die Verwaltung der Polizei und des staatlichen Schutzes werden Japan anvertraut.**
7. **Die mandschurische Regierung verpflichtet sich, die Stellungen der japanischen Mitarbeiter in den mandschurischen Regierungsorganen zu garantieren.**

Wenn die Erfüllung dieser Bedingungen zugesagt wird, dann ist Japans Einfluß auf wirtschaftlichem und vor allem auch auf politischem Gebiet — siehe die Forderungen 6 und 7! — gesichert und durch die mandschurische Regierung selber garantiert.

Wiederaufnahme der Kämpfe in der Mandschurei.

Wie aus Mukden gemeldet wird, sind die seit der Ueberschwemmung eingestellten Kämpfe zwischen den chinesischen Aufständischen und den japanischen Truppen wieder aufgenommen worden. Nördlich von Mukden kam es am Dienstag zu den ersten größeren Zusammenstößen.

In der mandschurischen Hafenstadt Niutschwang, die von chinesischen Freischaren belagert worden war, haben die Japaner Truppen gelandet, die die wichtigsten Punkte der Stadt besetzten und in Verteidigungsstellung brachten. Japanische Zerstörer belegen vom Meer aus die chinesischen Stellungen mit Bomben.

*

Der Hauptvollzugsausschuß der Kuomintang hat sich damit einverstanden erklärt, dem Marschall Tschiangkaischek den Oberbefehl über die gesamten chinesischen Streitkräfte im Norden Chinas zu übertragen. Tschiangkaischek soll außer diesem Posten auch den Vorsitz des Sonderrates der Kuomintang in Nordchina übernehmen.

Eine Verschwörergruppe, die es auf die Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Finanzministers abgesehen hatte, ist, wie halbamtlich aus Tokio gemeldet wird, dort entdeckt und verhaftet worden. Der Führer der Gruppe, Imamuti, steht, wie es heißt, mit dem Mörder des früheren Ministerpräsidenten Inukai in Verbindung.

In der rumänischen Kammer legte die Opposition dem neuen Ministerpräsidenten Wajda Wojwod die alte, für die rumänische Regierung knifflige Frage des russisch-rumänischen Nichtangriffsvertrags vor, worauf dieser mit großer Eleganz alles versprach und sich doch auf nichts festlegte: Rumänien sei von Herzen bereit, mit Rußland einen Nichtangriffsvertrag, ähnlich dem russisch-polnischen, abzuschließen, nur müßten dabei die „berechtigten Interessen" Rumäniens sichergestellt sein. Die Frage Bessarabiens, das von Rumänien annektiert, von Rußland zurückverlangt wird und dadurch bisher das Zustandekommen eines Nichtangriffsvertrages verhindert hat, ist damit wieder einmal glücklich umgangen.

Der Tod beim Baden.

Das Baden erfordert in diesen Tagen unheimliche Opfer, die zum großen Teil dadurch erklärt werden, daß an Stellen gebadet wird, die nicht nur aus behördlichem Bürokratismus, sondern ihrer Gefährlichkeit wegen für den Badeverkehr gesperrt worden sind. Ferner ist aus vielen Meldungen unverkennbar zu ersehen, daß die Badenden einem oft geradezu tollhäuslerischen Leichtsinn huldigen.

Allein im Bereich der Stadt Duisburg-Hamborn kamen im Laufe des Dienstag acht Personen beim Baden ums Leben. Einige davon an Stellen, wo das Baden verboten war; einer war am gleichen Tage schon zweimal in Lebensgefahr gewesen, aber gerettet worden. Beim dritten Male kam er um.

Zwei Personen hatten das besondere Unglück, einem Herzschlag in dem Augenblick zu erliegen, als sie die Rettung Ertrinkender unternahmen.

Im Berliner Strandbad Plötzensee ertrank am Mittwoch nachmittag der Tischler Hofrichter (43 Jahre).

Am Montag ertrank bei Straupitz in der Bober der zwölfjährige Sohn des Zimmermanns Kahl.

In der Nähe von Breslau ertrank die Ehefrau Beier beim Baden in der Oder vor den Augen ihres Mannes.

Die Reichspost rechnet ab.

Die deutsche Reichspost veröffentlicht ihren Vierteljahresbericht über die Monate April bis Juni 1932. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise hat sich auch bei ihr bemerkbar gemacht. In allen Verkehrszweigen ist der Verkehr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen. Besonders stark sind davon der Telegramm- und der Fernsprechverkehr betroffen. Die Zahl der beförderten Telegramme ist von 7,2 auf 5,4 Millionen, also um 25 Prozent gesunken, die der Telephongespräche von 628 auf 556, also um rund 11,5 Prozent. Finanziell hat sich der Betrieb der Reichspost gerade noch rentiert: Den Gesamteinnahmen im Berichtsvierteljahr von 406 Millionen Mark stehen 400 Millionen Mark Ausgaben gegenüber.

Die spinale Kinderlähmung.

Der Kreisarzt von Magdeburg teilt über den Stand der spinalen Kinderlähmung in seinem Bezirk mit, daß im Laufe des Herbstes ein Erlöschen der Krankheit zu erwarten sei. Das ist für die Gegenwart natürlich kein Trost: In der Zeit vom 11. bis 15. August sind in Magdeburg nach amtlicher Feststellung elf neue Erkrankungen erfolgt, von denen fünf nur leichter Natur sind. Eins der Kinder ist gestorben — die Möglichkeit der Entwicklung einer schweren Epidemie hält man amtlicherseits nach wie vor für äußerst unwahrscheinlich.

In Gübs, in der Nähe Magdeburgs, sind jetzt ebenfalls fünf Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Es handelt sich durchweg um schulpflichtige Kinder. Eins von ihnen ist bereits gestorben.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke"

vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

..... Name ..... Ort

..... Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Kinder von Genossen bei Genossen.

Da kommen sie mit dem Zug — Kinder der streikenden belgischen Bergarbeiter. Kommen zu den Kumpels des Wurmreviers. Kommen aus engen niedrigen Wohnungen in enge niedrige Wohnungen. Und doch — diese Wohnungen werden heller. Die Kinder bringen etwas mit neben ihrem Hunger. Man kann das schwer sagen. Aber die Kumpels, die die Kinder empfangen, haben etwas Freudiges im Gesicht. Sie sind zart und behutsam zu den Kindern, wie sie es zu ihren Kindern wohl selten sind. Die von Not, Hunger, Unterdrückung verschüttete Quelle der Freundlichkeit bricht auf. Sie haben die Kinder an der Hand gefaßt und sind stolz — das sind ja Kinder von kämpfenden Genossen. Und die Kinder gehen mit, sie verstehen kein Wort, aber als sich eine rote Fahne entrollt und sie mit deutschen Kindern in den Ort marschieren, als es ertönt:

„Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!"

da leuchten ihre Augen und da geht ein schöner Zug über ihr Gesicht. Die Kinder verspüren etwas, das Schönste, was ein Mensch verspüren kann — Solidarität. Vielleicht bleibt es in ihrem Gedächtnis haften, vielleicht entsinnen sie sich der Solidarität, wenn die Kriegshetzer sie, da sie groß geworden, gegen ihre Klassengenossen in den Krieg treiben wollen.

Am Samstag wurden 75 Kinder in Hickelhoren bei den Kumpels untergebracht. Die Kumpels von Merkstein haben sich ebenfalls bereit erklärt, 50 Kinder aufzunehmen, ebenso ein Aachener Stadtteil. Täglich melden sich Kumpels und kleine Geschäftsleute, die Kinder in Pflege nehmen wollen.

Vielleicht — wenn Stijn und Jan als Streikposten am Zechentor stehen, sagt Stijn zu Jan: „Meine Kleine hat geschrieben, sie ist in Deutschland, in Merkstein, bei Genossen", und Jan lacht freudig und sagt zu Stijn: „Bisweilen hat man so ein Gefühl im Herzen — ganz sonderbar! Es kommt einem vor, als ob überall, wohin man kommt, Genossen sind, in denen dasselbe Feuer brennt."

H. D.

Streik im Hafen von Bordeaux.

Die Hafenarbeiter von Bordeaux sind am Mittwoch zum großen Teil in den Streik getreten, um gegen die Entlassung von etwa 100 Matrosen und 250 Arbeitern zu protestieren, die in den verschiedenen Hafenwerkstätten beschäftigt waren.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
Ortsverein Köln.

Unser Genosse

Emil Langer

ist am Sonntag, dem 14. August, im Alter von 27 Jahren nach langwieriger Krankheit gestorben. Die Beisetzung der Urne findet am Sonntag, dem 20. August, von der Aufbahrungshalle des Mülheimer Friedhofs aus (Frankfurter Straße) um 16 Uhr statt.

ISK, Ortsverein Köln.

Die im Schatten der Freiheit leben.

Berichte aus USA.

Indianer-Fürsorge.

Die tragische Zurückdrängung, Uebervorteilung und Ausbeutung der Indianer bilden ein langes, düsteres Kapitel in der amerikanischen Geschichte.

Ein staatliches Büro in Washington mit mehr als 8000 Angestellten soll die Interessen der Indianer vertreten. In Wirklichkeit vertritt es nur zu oft die Interessen derjenigen, die sich als Händler, Lehrer und landhungrige Weiße an die Indianer heranmachen. Als Beispiel sei hier der Fall der Navajo-Indianer angeführt, die im vorigen Winter von frühen Schneefällen überrascht wurden, als sie mit ihren Schafherden auf dem Wege zu ihren Siedlungen waren. Die Schafe waren ohne Futter, und das Büro wurde aufgefordert, Geld für Futtermittel leihweise zur Verfügung zu stellen. Die Bürokraten wollten jedoch lieber die Schafe hungern lassen, um die Indianer zu zwingen, von weißen Händlern neue Herden zu kaufen. Erst nachdem etwa 50 000 Schafe umgekommen waren, griff die Regierung ein. Der Profit der Schafhändler war zwar nicht so groß, wie diese erwartet hatten, aber die Indianer hatten wieder einmal die Grausamkeit und Gemeinheit amerikanischer Verwaltungsbürokraten zu spüren bekommen. Was interessieren diese Menschen 50 000 Schafe und die Sorgen der Indianer, wenn ihr Geschäft ihnen nur eine runde Summe Dollar einbringt!

Gefangenen-Behandlung.

Ueber die Brutalität amerikanischer Polizisten ist von radikalen Kreisen oft Klage geführt worden. Upton Sinclair, Jack London, Dos Passos und viele andere haben in beredten Worten die unmenschliche Behandlung politischer Gefangenen geschildert. Besonders der sogenannte „Third Degree" (3. Stufe des Kreuzverhörs) ist wiederholt angegriffen worden, weil Gefangene durch barbarische Grausamkeit zu Geständnissen getrieben wurden, die sie später vor Gericht nicht aufrecht erhielten. Die Polizei hat immer die Anwendung des „Third Degree" abgeleugnet.

Bekanntlich spielte im Sacco-Vanzetti-Fall der Tod eines Freundes von Vanzetti, namens Salsedo, eine Rolle, der sich entweder während der Untersuchung aus dem Fenster des Polizei-Verwaltungsgebäudes stürzte, weil er die Unmenschlichkeit der Detektive nicht länger ertragen konnte, oder sogar von den Schergen selber aus dem 14. Stockwerk herausgeworfen wurde.

Seit einigen Tagen geht hier durch die Presse die Nachricht vom Tode eines gewissen Hyman Stark, der nach achtstündiger Anwendung des „Third Degree" tot aufgefunden wurde. Dieser 20jährige Mensch wurde mit Gummiknüppeln, Schlagringen, Stiefeln u. s. w. derartig zugerichtet, daß die Schädeldecke brach, die Augen blau unterliefen, 50 blutunterlaufene Stellen am Oberkörper sich bildeten und der Kehlkopf so verletzt wurde, daß der Gefangene an Erstickung starb.

Während der Verhandlungen kam ans Tageslicht, daß einige der Detektive den Ruf haben, bestialisch mit Gefangenen umzugehen. Einen Fuß auf dem Leib, den anderen in der Halsgegend, schaukelte sich einer von ihnen auf dem am Boden liegenden wehrlosen Jungen. In dem Gewehr-Depot — so konstruiert, daß kein Geräusch in die Außenwelt dringt — haben diese Polizeiverbrecher freie Hand, Gefangene zu quälen, ohne bestraft zu werden.

Dieser Fall beweist deutlich, was alle Polizei-Dementi Wert sind. Man kann sich vorstellen, welche Behandlung Kommunisten, Sozialisten, Streikführern und Negern zuteil wird, wenn von höherer Stelle den Detektiven ein Wink gegeben wird, diesen „Elementen" einen Denkzettel zu geben. Der Tod des jungen Stark kam der Polizei sehr ungelegen, denn er deckte das System auf. Zur Wirkung nach außen wurden alle 13 Detektive der Polizeistation in Mineola, N. Y., vom Dienst entlassen und unter Anklage gestellt.

24 000 klagen an!

Auch in den USA nehmen die Selbstmorde mit der anhaltenden Wirtschaftskrise zu. In Deutschland haben viele Arbeitslose wenigstens die kärgliche Unterstützung; in Amerika sind abgebaute Arbeiter einstweilen noch ganz auf wohltätige Gaben angewiesen. 1929 betrug die Selbstmordrate 18,1 auf 100 000 Einwohner; 1930 waren es schon 19,9 und 1931 20,5. Mit anderen Worten: Nicht weniger als 24 000 Menschen haben nach dieser Statistik im Jahre 1931 ihrem Leben ein Ende gemacht.

Lohnabbau unter die Wohlfahrtssätze.

Die Unternehmer der *Metallindustrie des Mittelrheins* hatten bei den Lohnverhandlungen in Koblenz eine zehnprozentige Senkung der Tariflöhne gefordert. Die Lohnverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, wie bei den Verhandlungen *der Textilarbeiter für Ostsachsen*, wo die Unternehmer 6 Prozent Lohnabbau verlangten. Bei der weit verbreiteten Kurzarbeit liegen die Wochenverdienste bei weiterem Lohnabbau bald bedeutend unter den Wohlfahrtssätzen. Wann nehmen die Gewerkschaften den Kampf auf? Das Beispiel der belgischen Bergarbeiter ist eine Mahnung!

Falschmünzerprozesse.

In diesen Tagen hört man häufig von der Aufdeckung von Falschmünzerwerkstätten und den Prozessen, die sich solchen Entdeckungen anschließen. In Küstrin wurden am Mittwoch drei Männer verhaftet, die auf frischer Tat beim Herstellen von Fünfmarkstücken ertappt waren. In Verden wurden elf Arbeiter wegen Münzvergehens bzw. Beihilfe dazu zu Gefängnisstrafen in der Höhe von einigen Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt.

Aufschlußreich für die Erklärung der Häufigkeit dieser Fälle ist die Feststellung, daß die Täter in Verden sämtlich erwerbslose junge Menschen waren, die sich wahrscheinlich durch die Falschmünzerei aus ihrer gedrückten und abhängigen Lage haben befreien wollen.

Einen Tag nach der Streikankündigung der Webergewerkschaften beschloß der Meisterspinnerverband von Lancashire am Dienstag in einer Sitzung in Manchester, die Stückpreisliste mit einmonatlicher Kündigung um 25 Prozent zu kürzen. Das bedeutet einen rund 200 000 Spinner betreffenden Lohnverlust von etwa 2 Schilling 9 Pence pro Pfund. Der Verband hat die betroffenen Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Erörterung der Arbeits- und Lohnlage eingeladen. Das englische Arbeitsministerium hat die Parteien um eine genaue Darstellung der Lage ersucht.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 8. HEFT AUGUST 1932

Inhalt:

JULIUS PHILIPPSON:

Jugend und Krieg.

*

HANS LEHNERT:

Kleinstaaterei und Nationalismus.

*

HANNA FORTMÜLLER:

Vorwärts zur Einheitsfront!

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG
Naturreiner, echter
Bienenhonig
10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Sie brauchen einen neuen Wintermantel!
Legen Sie Wert auf Haltbarkeit?
Dann kommt nur Maßarbeit für Sie in Frage
Achten Sie auf saubere Arbeit?
Dann lassen Sie nur arbeiten bei
R. SCHONHEIT
Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, II. r.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxforde
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
Ab 17. August:
Der große Gabbo
mit Erich Stroheim und Betty Compson. / Die seltsame Geschichte eines Bauchredners und seiner Puppe Otto.
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Fernruf Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

Deutschland auf dem Wege zum offenen Faschismus?

Welchen Terrormaßnahmen die Arbeiterschaft unter dem offen regierenden Faschismus ausgesetzt ist, das zeigt Bulgarien. Wer die Tatsachen über den Faschismus in Bulgarien noch nicht kennt, der lese die Schrift:

Die Henker.
Von Henri Barbusse.
143 Seiten. / Mit zwei Landkarten. / Broschiert 2,50 Mark.

„Ein sachlicher, gerade durch seine Nüchternheit erschütternder Bericht von dem Verwaltungs- und Justizterror, der heutzutage in manchen Balkanstaaten herrscht."
„Berliner Börsen-Courier", Nr. 234, vom 20. 5. 1927.

„Die ‚Henker' gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden und ehrlichen Menschen."
„Die Welt am Abend", Nr. 115, 1927.

Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Weiter ansteigende Kurve des Terrors.

In der Nähe von Landsberg an der Warthe wurde in Kladow auf das Haus des Rentiers Alfred Mannheim gegen drei Uhr morgens ein Sprengstoffattentat ausgeführt: Ein Sprengkörper, der offenbar auf das Fenster der im oberen Stock gelegenen Wohnung des Landgerichtsrats Dr. Salinger gezielt war, verfehlte sein Ziel und krepierte unmittelbar vor dem Hause. Die Explosion war so stark, daß zahlreiche Fenster auch bei den anliegenden Häusern zertrümmert wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, wenn nicht noch der Täter selber, wie das bei den Nazis jetzt üblich, sich dabei verletzt hat.

Man nimmt an, daß es sich um einen Racheakt von Menschen handelt, gegen die Landgerichtsrat Salinger in jüngster Zeit politische Prozesse geleitet hat.

Da es sich sowohl bei dem Hauswirt des Landgerichtsrats als auch bei ihm selber, wie wir annehmen, um Juden handelt, tut man wohl den Nationalsozialisten kein Unrecht, wenn man annimmt, daß die Täter in ihren Kreisen zu suchen sind. — Von polizeilicher Seite ist über die Täter noch nichts mitgeteilt worden.

In Jamm, Kreis Rosenberg, wurde gegen 2.30 Uhr morgens das Haus des Häuslers Barowski auf doppelte Weise angegriffen: Durch eine Handgranate wurden sämtliche Fensterscheiben und einige Möbel zertrümmert. Durch den gleichzeitig im Dachstuhl ausbrechenden Brand, der wahrscheinlich angelegt worden ist, wurde das strohgedeckte Haus völlig vernichtet.

Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Racheakt handelt. Die beiden Söhne Barowskis sollen der KPD angehören; ihr Vater parteipolitisch nicht gebunden sein. Die Attentäter sind bisher nicht ermittelt worden.

Aus dem Dorf Groß-Gaggelow bei Cottbus kommt die wirklich abenteuerliche, aber bestätigte Meldung, daß kurz nach 12 Uhr nachts ein Haus der jüdischen Landarbeitersiedlung durch eine Sprengbombe vollständig dem Erdboden gleichgemacht worden ist, wobei zufälliger und glücklicher Weise Personen nicht zu Schaden kamen, da es sich um einen Neubau handelte, der noch nicht bezogen war.

Die Ortsgruppe der NSDAP verwahrt sich in diesem Fall „mit aller Entschiedenheit" dagegen, daß eine Beteiligung von Nazis bei dem Attentat in Betracht käme. Man neigt in manchen Kreisen zu der Annahme, daß es sich überhaupt nicht um ein politisches Attentat handele, sondern um einen Racheakt der Bauarbeiter, die vor kurzem fristlos entlassen worden seien. Zu dieser Annahme ist allerdings manches zu sagen: Da der Neubau fertiggestellt war, kann es doch keinen Bauarbeiter aufregen, daß er entlassen wird. Ferner, selbst wenn Bauarbeiter die Täter gewesen sein sollten, so ist noch immer nicht gesagt, daß es nicht Nationalsozialisten sein könnten.

In Berlin kam es in der Nacht zum Donnerstag zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der auch geschossen wurde. Die Polizei nahm 28 Nazis und 8 Kommunisten fest.

In Meseritz soll der nationalsozialistische Kutscher Kokrow beim Baden von dem kommunistischen Arbeiter Jeschmischek überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt worden sein.

Unglücksfälle im Nazilager.

In jüngster Zeit mehren sich die Fälle, wo Nazis einander oder sich selber umbringen, und zwar ohne planmäßig Selbstmord zu begehen. Wir berichteten über den SS-Mann Jenke, der bei einem versuchten Attentat auf einen Sozialdemokraten selber ums Leben kam; wir berichteten auch, daß der vor einigen Wochen erschossene SA-Mann Raskin durch einen Kameraden umgebracht wurde.

Jetzt hat sich in der SA-Schule in Kreiensen etwas ähnliches ereignet: der Küchenchef hatte eine Pistole des SA-Mannes Lampe entladen. Der Ladestreifen war leer; als er aber die Pistole nochmals abzog, knallte trotzdem noch ein Schuß los, der den Lampe so unglücklich traf, daß er bald darauf an innerer Verblutung starb. Der Küchenchef wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt, aber wieder entlassen, da es sich sicher um einen Unglücksfall handele.

•

Stutzig werden muß man durch die nachträgliche Aufklärung über den erwähnten Totschlag an Raskin. Auf Grund der Ermittlungen der politischen Partei wird jetzt eine amtliche Mitteilung herausgegeben, wonach der Täter nicht der NSDAP angehört habe, obwohl er Mitglied der SA gewesen sei, und

wonach dem Gauleiter der NSDAP bekannt gewesen sein soll, daß der Täter nicht der NSDAP angehört habe und vor allem, daß es sich bei ihm den Anzeichen nach um einen kommunistischen Spitzel gehandelt habe.

Jetzt hat der Gauleiter die „Verantwortlichen" aus der Partei ausgeschlossen; außerdem ist der betreffende Sturm-Bann aufgelöst worden.

•

Diese Meldung ist zwar reichlich unklar, — von den Nazis vielleicht mit Absicht so gehalten. Sie lenkt nämlich den Verdacht auf eine Handlungsweise, die bei manchen Mitgliedern der NSDAP nicht immer unbeliebt gewesen ist: auf Fememorde. Wir haben zunächst weiter keine Anhaltspunkte dafür, als eben die Tatsachen, daß ehemalige Fememörder gefeierte Nationalsozialisten sind, daß die Reden der Naziführer häufig zum Mord an politischen Gegnern anreizen und eben die merkwürdige Häufung von tödlichen Unglücksfällen in den Reihen der SA.

Die Polizei auf der Waffensuche.

Wir berichteten gestern über die Verhaftung des Nazis Dr. Försts aus Wesselburen. Dieser ist jetzt trotz Tatverdachts wieder entlassen worden, da bei ihm weder Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht vom Gericht angenommen wird.

Aus Ratibor wird gemeldet, daß bei einer Waffensuche bei dem Führer der nationalsozialistischen Motorradstaffel zwei geladene Mauserpistolen, über 200 Schuß Munition und zwei Seitengewehre beschlagnahmt worden sind; er selber ist geflohen.

Aus einer Sprengpulverkammer eines Betonwerkes in Neustadt (Orla) wurden beträchtliche Mengen Sprengstoff und Sprengkapseln entwendet. Die gestohlenen Sachen sind inzwischen von der Polizei in einem Versteck aufgefunden worden. Die Täter hat man nicht gefunden.

Zu der gestern von uns gemeldeten großangelegten Polizeirazzia in Pinneberg wird jetzt berichtigend mitgeteilt, daß bei der ganzen Aktion bisher „nur ein einziger Unterstand entdeckt worden ist, der von einem Hühnerstall aus zu erreichen war". Tröstend wird mitgeteilt, daß man annähme, es gäbe noch mehr solcher Unterstände.

In Weißensee wurden am Mittwoch, nachmittags, in einem Straßenabfluß etwa 150 Schuß Munition verschiedenen Kalibers gefunden. Zum Teil waren es leere Patronenhülsen.

Justiz nach links. Und nach rechts?

Das Breslauer Sondergericht verhandelte gegen sieben Kommunisten wegen schweren Landfriedensbruchs. Die Kommunisten sollen Nationalsozialisten überfallen und einen von ihnen durch Messerstiche schwer, mehrere andere leicht verletzt haben. Das Urteil lautete gegen zwei auf je ein Jahr, drei Monate Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die übrigen erhielten Gefängnisstrafen von sechs bis acht Monaten.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Schreiner Pirmann wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit einem Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz sowie wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Waffenbesitz zu drei Jahren Zuchthaus. Die beschlagnahmten Waffen (darunter 40 Infanteriegewehre Mod. 98) wurden eingezogen. Der Angeklagte hatte geleugnet, der Senat nahm trotzdem an, daß die Waffen dem Zweck dienen sollten, im Falle des Bürgerkrieges den Kommunisten zur Verfügung gestellt zu werden.

In Ratibor wurde ein parteiloser Schneidergeselle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er von einem Landjäger im Besitz einer geladenen Mauserpistole betroffen worden war.

Die sächsischen Truppen rehabilitiert.

Der „Badische Beobachter", ein Naziblatt, hatte „die Leistungen der sächsischen Truppen während des Weltkrieges herabgesetzt", wie die schöne Meldung lautet. Inzwischen hat die sächsische Regierung den famosen Beobachter, der lieber seine Naziführer, von denen eine ganze Reihe sich trotz der aufgerissenen Heldengroßschnauzen weidlich gedrückt hat, hätte beobachten sollen, dahin gebracht, daß er jetzt „über die Verwendung der sächsischen Truppen im Felde eine zutreffende Darstellung gebracht hat".

Den Nazischreibern wird also immer häufiger und auch amtlich nachgewiesen, daß sie und was sie für Schwindler sind.

Im übrigen könnte eine Regierung andere Sorgen haben, als die alte Armee gegen Anpöbeleien der Nazis zu verteidigen.

Auch die Reichsregierung und Hindenburg sind im Augenblick dabei, auf die vielen Dementis, die Hitler über seine Unterredung mit Hindenburg und über seine Tolerierung des Papen-Kabinetts herausgibt, Richtigstellungen zu erlassen. Gegenüber solchen Versuchen kann man nur einen derben, aber guten Rat wiederholen, der in bezug auf Nazi-Dementis in solchen Situationen ausgezeichnet paßt: Gegen solchen Mist kann niemand anstinken.

Kerrl führt die Abgeordneten an der Nase herum.

Kerrl hatte bekanntlich den Landtagzusammentritt verschoben, weil die Nazis ein großes Treffen haben sollten. Das hat nicht stattgefunden, Kerrl hat aber auch keinen anderen Termin für die Einberufung genannt. Die Fraktion der SPD, die ihn beim Staatsgerichtshof verklagt hatte, ist jetzt von diesem aufgefordert worden, ihren Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Kerrl schriftlich zu formulieren.

Dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat Hindenburg auf eine Beschwerde wegen der Judenverfolgungen (innerhalb Deutschlands) antworten lassen:

„Das Schreiben des Zentral-Vereins und die diesem beigefügte Materialsammlung hat dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegen. Der Herr Reichspräsident, der jeden Versuch einer Einschränkung der verfassungsmäßigen politischen und religiösen Rechte deutscher Staatsbürger und die von Ihnen mitgeteilten Ausschreitungen jüdischen Reichsangehörigen gegenüber lebhaft mißbilligt und bedauert, hat das Schreiben und die Anlagen dem Herrn Reichsminister des Innern zur Nachprüfung zugeleitet."

Professor Piccard ist am Donnerstag früh um 5.07 Uhr vom Züricher Flugplatz Düberndorf zu einem zweiten Stratosphärenflug gestartet. Der Start ging glatt von statten. Gegen 6.30 Uhr befand sich der Ballon in einer Höhe von 10 000 Metern. Um 7.30 Uhr wurde Piccards Ballon in der Nähe von Chur gesichtet, um 8.05 Uhr in der Gegend von Lichtenstein, von wo er in der Richtung nach Tirol weitergetrieben wurde.

Die alte Kirche und die neue Technik.

Die Bibel sagt alles!

Am 6. August predigte Kardinal Faulhaber in München über das Thema:

„Die alte Kirche und die neuzeitliche Technik."

Nach dogmatischer Methode suchte er sich drei Sätze aus der Bibel aus, um ein Urteil über den Wert oder Unwert der Technik zu gewinnen. Er fand:

1. „Macht die Erde euch untertan und herrschet über die Fische des Meeres und über die Vögel der Luft und über alle Tiere auf der Erde!"

2. „Gott hat die Welt dem Forschen der Menschen überlassen."

3. „Herr, Du bist groß und herrlich in Deiner Kraft! Dir sollen alle Deine Geschöpfe dienen."

Faulhaber hätte in der Bibel auch Worte über die Wertlosigkeit, ja Teuflischkeit alles Irdischen finden können. Er hätte auf Heilige hinweisen können, die sogar die Technik des Waschens verschmähten. Aber die katholischen Kardinäle sind klug. Heute wählen sie Bibelworte, die ihnen gestatten, mit Papst Pius XI. zu schließen:

„Also müssen alle Fortschritte der neuen Zeit auf dem Gebiete der Naturwissenschaft und der Technik letzten Endes Gottesdienst werden."

Weiheformel für Bergstöcke.

Als Beweis für die enge Freundschaft zwischen Kirche und Technik führte der Kardinal das „Weihebuch" der katholischen Kirche an. Es enthält eigene Weihen für die Maschinen der Druckerei und der Feuerwehr, eigene Weihen für Eisenbahn und Schiff, für Kraftwagen und Flugzeug. Stolz erzählte Faulhaber:

„Als im Jahre 1930 die Bergbahn auf die Zugspitze fertig dastand, mußte der Bischof kommen und sie einweihen."

„Ja, wir erfuhren aus dieser Predigt, daß Papst Pius, der früher Bergsteiger war, am 14. Oktober 1931 eine neue Weiheformel erlassen hat, um „die Seile, die Bergstöcke, die Eispickel" zu weihen. Nun wären wir noch neugierig gewesen, die Weiheformel für die Mordwerkzeuge des Krieges zu erfahren. Darüber schwieg der Kardinal. Statt dessen beendete er diesen Abschnitt seiner Rede mit den Worten: Also ist es

„nicht Aberglaube, wenn die Fischer der Salzach am Fronleichnamstag nichtkonsekrierte Hostien (Hostien, die noch nicht in Christus verwandelt sind) in die Salzach schütten und so Flußweihe halten."

Dreimal soviel Gottesdienst.

Jedem, der — etwa unter dem Einfluß der Rationalisierung — an dem Wert der Technik zweifelt, hielt Faulhaber folgende Tatsachen entgegen:

Viele Kranke konnten noch mit den Sterbe-Sakramenten versehen werden, weil der Priester durch das Telephon gerufen wurde. — „Der Seelsorger in der Diaspora kann mit dem Kraftrad am Sonntag dreimal soviel Gottesdienst halten wie früher, an den Werktagen sechsmal soviel Religionsunterricht an die weitzerstreuten Kinder erteilen wie früher." — Die Missionare haben mit Hilfe von Kraftwagen, Motorbooten und Flugzeugen neue Missionsgebiete erschlossen.

Die Lichtbildertechnik müßte nach Faulhaber noch mehr als bisher in den Dienst der religiösen Jugenderziehung gestellt werden. Papen wird sich das merken. Dagegen ist der Kardinal mit dem Rundfunk und den Lautsprechern schon recht zufrieden. Einödbauern und Kranke können an den Morgenandachten des Rundfunks teilnehmen. 200 000 bis 300 000 Menschen können sich auf den Eucharistischen Kongressen mit Hilfe der Lautsprecher in Hörweite um Altar und Kanzel versammeln. Am 12. Februar 1931 konnte Papst Pius XI. zum ersten Mal durch den Vatikansender zur „ganzen Menschheit" sprechen. Deshalb verstieg sich Faulhaber entzückt zu der Vergleichung: „Christus wandelt auf den Wellen des Aethers, wie er einst auf den Wellen des Galiläischen Meeres wandelte."

H. Lt.

„Wehrsport schafft Volkskraft".

E. L. Der vorbauende General Schleicher sagte vor kurzem in seiner Rundfunkrede, es gelte, die Verbundenheit aller Volkskreise mit der Wehrmacht zu schaffen. Diese „Verbundenheit" sucht die Reichswehr nun zu schaffen, z. B. durch großartig aufgezogene Schießfeste in allen Teilen des Reichs. So fand in Kassel am letzten Sonntag solch ein Schießfest des dort stationierten Jägerbataillons statt. 40 000 Kasselaner — ein Viertel der Gesamtbevölkerung — nahmen an diesem Fest teil, das als riesiges Volksvergnügen aufgezogen war. Die Haltung der lokalen Presse zu diesem Ereignis zeigt, wie weit wir auf dem Wege zur völligen Militarisierung der Seelen schon sind. Das lokale demokratische Blatt, das „Kasseler Tageblatt", früher einmal Vertreter einer freien liberalen Weltanschauung, berichtet begeistert unter der oben angegebenen Ueberschrift über das herrliche Fest und bedauert nur, daß „unsere" Garnison leider so klein ist. Das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt" übt in seinem Bericht nur daran Kritik, daß es uniformierten Nazis gestattet war, ihre Parteischriften auf dem Festplatz zu verkaufen. Daß sich das Hugenberg-Blatt, die „Kasseler Post", in seinem riesig aufgemachten Festbericht vor Freude geradezu überschlägt, darf nach einer derartigen Stellungnahme der sogenannten „linken" Blätter nicht wundernehmen. So konstatiert dieses Blatt:

„Vor allem erfreulich war es, daß auch die männliche Schuljugend diesen Vormittag zu einem bisher nicht gekannten ‚Anschauungsunterricht' verwandte."

Dieser „Anschauungsunterricht" bestand nach dem Bericht in: „tadellosem" Kompagnieexerzieren, Gas- und Luftangriffen und Gasschutzübungen, Nahkampfgefechten, Massen-Handgranaten-Weitwurf, Vorführung eines „Bombenflugzeuges" u. a.

Wie das Gemüt des Volks auf dem Fest und nachträglich durch den Bericht bearbeitet wird, zeigt der Abschnitt:

„Nun wirbeln die Trommeln, locken die Flöten, schmettern die Trompeten. Die Retraite der Kavallerie leitet über zum preußischen Gebet. Die 40 000 Zuhörer ringsum stehen und lauschen mit entblößten Häuptern dem Choral. Unbeweglich stehen die Truppen wie graue Mauern. Nur die lohenden Fackeln leben. Jetzt braust das Deutschlandlied zum Abendhimmel empor. Die vier Zehntausende singen die Vaterlandshymne in heiliger Begeisterung mit."

Zu diesem Bild paßt dann vollkommen, daß nach Schluß der Veranstaltung uniformierte Nazis trotz des Demonstrationsverbotes in geschlossenen Trupps vor den abmarschierenden Soldaten unter Heilrufen und Absingen ihrer Kampflieder zur Stadt zurückmarschierten, und daß ihr Zug erst kurz vor dem Stadtinnern von der Polizei sanft aufgelöst wurde.

Sternberg gegen Oppenheimer und ISK.

Zur Durchführung des Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet halten wir es für erforderlich und ausreichend, der Marktwirtschaft die kapitalistischen Giftzähne auszubrechen: die Monopole. Was Sternberg in seinem neuen Buch über „Den Niedergang des deutschen Kapitalismus" zur Kritik unserer Ansicht vorbringt, geben wir hier wörtlich wieder:

„Die Monopole sind innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht zu beseitigen. Und wenn einzelne vormärzliche Liberale — manche nennen sich sogar Sozialisten — von der Beseitigung der Monopole sich einen Wiederanstieg der kapitalistischen Produktionsweise versprechen, so zeigen sie nur, welche Formen die Romantik heute annehmen kann. Der Kapitalismus kann niemals rückwärts revidiert werden. Der Frühkapitalismus wurde nicht mehr zum Handwerk. Aus Finanzkapital und Monopolkapitalismus wird nicht mehr ein Manchesterkapitalismus der freien Konkurrenz und ebensowenig eine Siedlungskolonie." (Seite 159.)

Hier wiederholt sich die Täuschungsmethode, die wir in Nr. 191 bei der Besprechung des genannten Buches bereits gekennzeichnet haben: Eine monopolfreie Marktwirtschaft hat es — abgesehen von wenigen Ausnahmen — noch nie gegeben. Wir wollen den Kapitalismus dahin *„vorwärts* revidieren". Sternberg nennt das: *„rückwärts* revidieren". Das, was wir anstreben, als „Manchesterkapitalismus der freien Konkurrenz" zu bezeichnen, beruht entweder auf Nichtverstehenwollen oder Nichtverstehenkönnen, kurz: bösem Willen oder Dummheit. Mehr zu Sternbergs vorhin wiedergegebenem Urteil zu sagen, lohnt nicht. Außer, daß Sternberg sich gegenüber unserem Angriff jederzeit darauf zurückziehen kann, daß er uns nicht gemeint habe; denn er nennt uns nicht. — Er kann sich ferner darauf zurückziehen, daß er ja nur gesagt habe, innerhalb der *kapitalistischen* Wirtschaft könne man die Monopole nicht beseitigen. Wenn wir diesen Satz wörtlich nehmen, so hat er natürlich recht! Er hat aber zweifellos gemeint: Innerhalb der *Markt*wirtschaft könne man die Monopole nicht beseitigen. Wir sehen:

dank seinem Spiel mit Worten kann sich Sternberg jedem einzelnen Vorwurf entziehen.

Es bleibt aber gerade deswegen auf ihm sitzen der Vorwurf, daß seine Art, zu schreiben, unwissenschaftlich und für die Arbeiterschaft lebensgefährlich ist.

Zur Ergänzung noch einige besondere Bemerkungen über seine Art, Geschichte zu schreiben und Statistiken zu verwerten.

Sternberg als Geschichtsschreiber.

Die Entwicklung und den Zustand der *deutschen* Wirtschaft beschreibt Sternberg — abgesehen von den Beanstandungen, die wir hier erhoben haben — im allgemeinen richtig.

Ueber die Wirtschaftsgeschichte *anderer* Staaten schreibt er weniger gut. Dort macht er eine Reihe grober Fehler: Sternberg behauptet, in England habe es kein Kohlenkartell gegeben (Seite 52); von 1771 bis 1844 gab es mit kurzen Unterbrechungen ein nach modernen Regeln aufgebautes Kohlenkartell in England. — Die Loslösung Englands vom Goldstandard im September 1931 wird falsch beschrieben (Seite 162). — Die Behauptung, daß die amerikanische Landwirtschaft vor Beginn der jetzigen Krise „gesund" war (Seite 307), ist völlig verkehrt. — Sternberg schreibt, 1921 sei es zu keiner Einigung über die Reparationssumme gekommen. Tatsächlich hat die deutsche Regierung den Londoner Zahlungsplan 1921 angenommen. — Das Höchstmaß an Zuverlässigkeit hat Sternberg, wie diese Beispiele zeigen, also sicher nicht erreicht.

Die Feststellung, daß die Arbeitslosenziffer in England seit 1921 niemals unter einer Million lag (Seite 110), ist für Sternberg eine wichtige Unterlage für seine grundlegende Behauptung vom „Niedergang des Kapitalismus". Er untersucht nicht in *einer* Zeile, wie weit die Arbeitslosigkeit in England in jenem Zeitabschnitt durch die englische Währungspolitik verursacht worden ist: durch das Hochtreiben des Pfundes — nach seiner Entwertung 1919—1925 — auf den alten Goldwert. So sieht Sternberg über eine wichtige Tatsachenreihe hinweg. Tut er das deshalb, weil sie nicht zur Stützung seiner Behauptung dient, vielmehr die beigebrachten Stützen abschwächt? Aehnliches haben wir für die Behandlung der Bodenfrage schon festgestellt (in Nr. 191). Wenn man an einigen Stellen solche Beobachtungen gemacht hat, wird man mißtrauisch und stellt dann zum Beispiel auch die Frage: Warum ist in dem dicken Buch von Frankreich kaum die Rede? Wird der Tatbestand Frankreich etwa vernachlässigt nach dem Motto: „Um so schlimmer für die Tatsachen", wenn sie nicht mit meiner Theorie übereinstimmen?

Reformismus und Faschismus.

Sternberg trägt nicht jene vollständigen marxistischen Scheuklappen, die es ihrem unglücklichen Träger unmöglich machen, außerökonomische Umstände überhaupt zu sehen. Er trägt eine minder vollständige Marke! Eine Marke, die es erlaubt, objektive und subjektive Faktoren zu unterscheiden, die es den subjektiven Faktoren erlaubt, in der notwendigen Entwicklung nachzuhinken, ja sogar zu spät zu kommen.

Sternbergs Scheuklappen dichten ihn an manchen Stellen gut gegenüber der Welt der Tatsachen ab. Der von Sternberg zum Teil ausgezeichnet beschriebene Reformismus ist für ihn einfach der ideologische Ueberbau einer Wirtschaft mit steigenden Reallöhnen, ein Ueberbau, der — infolge des Nachhinkens des „subjektiven Faktors" — auch bei fallenden Reallöhnen nicht sofort zusammenbricht. Sternberg vergißt den *ideologischen Unterbau* zu nennen, auf dem dieser *Ueberbau* reformistischen Unkrauts so prächtig Wurzel schlagen konnte: den Entwicklungsaberglauben des Marxismus.

Wenn jene als reformistisch gekennzeichneten Arbeiter nicht irre geleitet worden wären, wenn die Arbeiterbewegung getragen gewesen wäre von einer tatenfroheren Weltansicht, — wer wagt, die Menschen so zu beschimpfen, daß er behauptet, auch dann hätten bei steigenden Reallöhnen jene zweibeinigen Wesen nur für Schein-„Ideale" des Nationalismus gekämpft, statt für das Ideal der Gerechtigkeit?

Das möge genügen zu Sternbergs Versuchen, die Stärke des Reformismus materialistisch zu erklären. Nun zu seiner Erklärung der Stärke des Faschismus: Er erklärt sie in der Hauptsache aus der Krise und dem Umstand, daß die Bauern und Mittelständler nicht genug wissen von der eigentlichen Krisenursache; darum laufen sie seiner Ansicht nach den „Vordergrundlosungen" der Nationalsozialisten nach. Sternberg vergißt unter anderem, daß die Bauern zum Faschismus kommen, weil sie etwas nur allzu *gut* wissen, nämlich daß viele Sozialisten ihnen ihr Eigentum wegnehmen wollen. Auch Sternbergs Erklärung zu diesem Punkt — „daß im Eigentum der werktätigen Bauern erst dann eine Aenderung eintreten wird, wenn sie bereit sind, zu höheren produktivgenossenschaftlichen Formen überzugehen" (S. 352f.) — wird keinen Bauern befriedigen. Also auch hier sind es keineswegs nur ökonomische Umstände, sondern es ist eine falsche *Theorie*, die der Nährboden für eine politische Bewegung ist.

Sternbergs Parteigeschichte ist durchaus einseitig geschrieben. So simpel liegen die Verhältnisse nicht, wie er meint. Wer sich dieser Einseitigkeit bewußt ist, wird im übrigen gerade die Kapitel seines Buches über Reformismus, Faschismus und die Aufgabe der Arbeiterschaft mit Gewinn lesen. Die entscheidenden im letzten Kapitel aufgestellten Forderungen billigen wir und haben sie darum an die Spitze unserer Ausführungen über sein Buch gesetzt.

Fahrlässigkeit als Verbrechen.

Sternberg gibt sehr viele Statistiken wieder. Davon daß er sie richtig abgeschrieben hat, sind wir überzeugt. Hat er es doch fertig gebracht, von Rosa Luxemburg Marxsche Zahlenschemata in seinem „Imperialismus"-Buch so genau abzuschreiben, daß er die Schreib- oder Druckfehler von Rosa Luxemburg getreulich übernommen hat, obgleich die Marxsche Rechnung natürlich infolgedessen keineswegs mehr stimmt. (Interessenten mögen vergleichen: 1. Sternberg: „Imperialismus", Seite 94; 2. Rosa Luxemburg: „Akkumulation des Kapitals", I, Seite 95; 3. Karl Marx: „Kapital", Band II, Seite 490.)

Die Statistiken, die Sternberg bringt, dürfen nur mit Vorsicht als Beleg für seine Behauptungen angenommen werden: Um den Umfang und das Tempo der Konzentration der Industriebetriebe in den USA darzustellen, benutzt er eine Tabelle, in der zum Beispiel die Betriebe mit einem Produktionswert von 5000 bis 20 000 Dollar, 20 000 bis 100 000 Dollar u. s. w. auseinander gehalten werden. Aus den Verschiebungen von unteren in oberen Gruppen schließt er auf das Tempo der Konzentration in den USA. Er erwähnt dabei mit keiner Silbe, daß die Großhandelspreise in dem betrachteten Zeitabschnitt um 50 Prozent gestiegen sind, daß also *schon aus diesem Grund* — auch wenn sich sachlich gar nichts verändert hätte, — ein erheblicher Teil der Betriebe in die oberen Gruppen hineingerutscht ist. — Wir bestreiten nicht die Tatsache der Konzentration in den USA, wohl aber die Wissenschaftlichkeit solcher Beweismittel.

Aehnlich leichtfertig ist der folgende Schluß: „Wenn wir die statistischen Ergebnisse von 1907 und 1925 vergleichen, so können wir feststellen, daß sich die PS-Kräfte im deutschen Kapitalismus fast verdreifacht haben; ein deutlicher Beweis, daß auch in der Zeit der Inflation bereits stark rationalisiert wurde." (Seite 197.)

Ein Kind kann diesen „Beweis" widerlegen!

Ist es kleinliche Nörgelsucht, die uns bei dieser Kritik leitet?

Nein! Wir wollen nur die Fähigkeit eines Nationalökonomen ins helle Licht rücken, der noch weit bedeutsamere Behauptungen leichtfertig hinschreibt, zum Beispiel diese: Wenn in der Sowjet-Union, die „gegenüber den westeuropäischen Mächten industriell stark zurückgeblieben war," eine Produktion ohne Unternehmer und Kapitalisten möglich ist, dann ist sie selbstverständlich erst recht *möglich* in den industriell weit entwickelteren Ländern Westeuropas. Und die Frage der Verwirklichung ist keine ökonomisch-technische mehr, sondern lediglich abhängig von der Stärke der Klassen und dem Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft." Seite 376.)

Die russischen Genossen stehen vor riesigen Schwierigkeiten bei der Organisierung des Kollektivismus in der Industrie. Diese Schwierigkeiten sollten leichter sein in Deutschland, weil Deutschland *mehr* Industrie hat? Dieser Schluß steht an Fahrlässigkeit mit dem vorhin genannten auf einer Stufe; an politischem Gewicht ist er um so viel schwerer, daß wir sagen müssen:

Hier ist Fahrlässigkeit kein mildernder Umstand mehr; hier wird die Fahrlässigkeit selber zum Verbrechen.

Wir wünschen uns nichts mehr als sorgfältige wissenschaftliche Kritik unserer Ansichten. Daß es bei Sternberg an Sorgfalt mangelt, bedauern wir sehr. Noch gefährlicher sind seine von uns gekennzeichneten „Kunststücke".

Wir haben im ersten Teil unserer Auseinandersetzung (in Nr. 191) festgestellt, daß wir mit einigen wichtigen Behauptungen Sternbergs einverstanden sind; mit anderen sind wir nicht einverstanden. Wir halten eine sachliche Verständigung darüber für geboten. Mit fahrlässigen Advokaten und tauflustigen Theologen *können* wir uns nicht verständigen. Wir müssen diese Auseinandersetzung daher mit der Frage schließen: Wird Sternberg seine Advokaten- und Theologenmanieren radikal ablegen?

Hellmut Rauschenplat.

Reichsbank.

Keine neuen Inflationsanzeichen sichtbar.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichsschatzwechsel	Lombardforderungen	Wechsel, Schecks	Notenumlauf	Girguthaben	Gesamt-Geldumlauf
7. 8. 1931	1365	307	117	168	3463	4376	781	6054
15. 8. 1931	1366	317	—	100	3104	4237	526	5884
7. 7. 1932	806	139	2	104	3152	3877	402	5916
15. 7. 1932	754	138	5	146	2982	3796	339	5798
6. 8. 1932	763	131	27	106	3044	3822	334	5869
15. 8. 1932	763	137	25	107	2914	3743	338	5743

Gerüchte und Mitteilungen über weitgehende Kreditwünsche der Reichsregierung zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und über Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Reichsbankpräsident geben allen Anlaß, die Entwicklung der Reichsbankkonten sorgfältig zu beobachten.

Die Deckungsbestände haben sich in der Berichtswoche erfreulicherweise um 5,4 Millionen Mark vermehrt. Die Zinssenkung für Stillhaltegelder ist wohl unter anderem die Ursache dieser verglichen mit den Vorwochen günstigen Entwicklung.

Die Ausleihungen haben in der zweiten Augustwoche um insgesamt 132 Millionen Mark abgenommen, nachdem sie schon in der ersten Augustwoche um 202 Millionen Mark abgenommen hatten. Die zu Ende Juli neu erfolgten Ausleihungen in Höhe von 351 Millionen Mark waren bis Mitte August also bereits zu 95 Prozent zurückgezahlt. Die Summe der Ausleihungen liegt überdies um 87 Millionen Mark unter der von Mitte Juli. Vorläufig gilt also: *noch* keine Inflationsgefahr.

Dabei muß man allerdings bedenken, daß die Finanzierung des ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms der gegenwärtigen Reichsregierung (135 Millionen Mark für Straßenbau, Wasserbau, Meliorationen) eben erst begonnen hat, also aus dem Reichsbankausweis noch nicht abgelesen werden kann, wie weit die für diesen Betrag gegebenen Kreditzusagen der Reichsbank ausgenutzt werden. — Ueber die Kreditzusage wegen weiterer 200 Millionen Mark wird gegenwärtig mit der Reichsbank verhandelt. Im einzelnen werden folgende Posten genannt:

		Verwendungszweck:
50	Millionen Mark	Siedlung
50	„ „	Straßenbau
30	„ „	Wohnungsbau
23	„ „	Oberbauarbeiten der Reichsbahn
18	„ „	Rügendamm
12	„ „	Abwrackkredite (Subvention für Schifffahrtsgesellschaften)

Die einzelnen Pläne stehen wohl noch nicht endgültig fest, insbesondere steht die Kreditzusage der Reichsbank noch aus. Hoffen wir, daß die Reichsbank nicht mit all diesen Beträgen belastet wird. Sie muß mit Inflationsfurcht rechnen: Die Indexziffer für den Möbelabsatz ist vom Mai auf den Juni gestiegen von 85,6 auf 102,4 (im Vorjahr ist sie von Mai auf Juni gesunken). Hoffen wir, daß die Reichsbank das Warnungssignal „Flucht in die Sachwerte" beachtet!

Rpt.

JUGOSLAWIEN

Silbergeld-Inflation nach bewährtem Muster. In Jugoslawien sind 10- und 20-Dinar-Stücke im Gesamtbetrag von 450 Millionen Dinar (rund 60 Millionen Mark) ausgeprägt. Nunmehr werden für 550 Millionen Dinar 50-Dinar-Stücke ausgeprägt. 50 Dinar entsprechen etwa 3,35 Mark. Das 50-Dinar-Stück wird einen Metallwert von rund 73 Pfennig haben. Den Unterschied gegenüber dem Nennwert steckt die Staatskasse als Gewinn ein. — Was der eine Zweck der Uebung ist! Außerdem spart die Notenbank Deckungsbestände. Die umlaufende Silbergeldmenge wird etwa ein Fünftel der Notenmenge ausmachen.

DEUTSCHLAND

Konsum- und Sparverein „Vorwärts" in Breslau stellt die Zahlungen ein. Der Ansturm der Sparer, die — durch die Zahlungseinstellung beim Berliner Beamtenwirtschaftsverein stutzig geworden — ihre Notgroschen ausgezahlt haben wollten, machte den Konsumverein zahlungsunfähig. Von seinen 15 000 Mitgliedern sind etwa drei Viertel erwerbslos. Den Mitgliedern kann man also keine Schuld beimessen, wenn sie jetzt durch Abhebungen die Genossenschaft ruinieren. Sie haben ja gerade deshalb gespart, um in Notzeiten einen Rückhalt zu haben!

Der sterbende Baumarkt: In den Groß- und Mittelstädten wurden im ersten Halbjahr 1932 dem Wohnungsmarkt 21 200 Wohnungen zugeführt, 61 Prozent weniger als im Vorjahr. Ein Viertel des gesamten Wohnungszugangs entfällt in diesem Jahr auf Umbau (Teilung großer Wohnungen!), im Vorjahr entfielen in demselben Zeitraum nur 5 Prozent der neuen Wohnungen auf Umbau.

Kampf um die Kartellquote: Die Gewerkschaft Mont Cenis in Herne hat 300 Bergleute eingestellt. Der Grund der Einstellung ist jedoch nicht etwa, daß diese Zeche stärkeren Absatz gefunden hätte. Die Produktion wurde vielmehr trotz der Verschlechterung der Lage im Ruhrbergbau nur erhöht, um durch die somit ausgewiesene erhöhte Produktionsziffer zum 1. Januar eine Erhöhung der Quote der Beteiligung an der Gesamtproduktion beim Kohlensyndikat zu erwirken.

SOWJET-UNION

Eisenhüttenindustrie im Juli: Durchschnittliche Tagesproduktion an Roheisen: 16 846 Tonnen (Juni: 17 285 Tonnen). Erfüllung des Monatsplanes: 80,9 Prozent. — Durchschnittliche Tagesproduktion an Stahl: 13 580 Tonnen (Juni: 14 195 Tonnen). Erfüllung des Monatsplanes: 69,3 Prozent. — Tagesproduktion an Walzeisen: 10 021 Tonnen (Juni: 10 959 Tonnen).

Die Maschinenfabriken produzierten im Juli 14 Prozent mehr als im Juni. Die Herstellung schwerer Maschinen blieb stark hinter dem Plan zurück; sie lieferten nur für 8 Millionen Rubel (Plan: 14,8 Millionen Rubel).

Textilindustrie im Juli: Der Monatsplan der Baumwollindustrie für Fertigwaren wurde voll erfüllt, für Gespinst zu 95,8 Prozent, für Grobgewebe zu 90 Prozent. — Die Wollfabriken erfüllten den Plan für Fertiggewebe zu 87,4 Prozent, für Gespinst zu 86,7 Prozent, für Grobgewebe zu 86,9 Proz. — Die Planerfüllung bei den Trikotagefabriken schwankte zwischen 54 und 75 Prozent (als großes Hindernis wird der Mangel an Nadeln für die Trikotagen-Maschinen berichtet).

Leder- und Schuhwaren-Industrie im Juli: Planerfüllung! 66,6 Prozent. Die Produktion ist gegenüber dem Juni gesunken.

(Nach der „Moskauer Rundschau", kommunistisch.)